

# Für die Interessen der Arbeiter und Bauern!

## Sünderfreiheit!

Der Appetit kommt beim Essen! Auf keine Gesellschaftsfeier paßt dieses Sprichwort besser als auf den preussischen Sünder. Je höher die Getreidepreise steigen, desto größer das Geschrei nach höheren Preisen. Den Vogel in dieser Beziehung hat die "Deutsche Tageszeitung" vom 20. Oktober abgeholt. In dem Bericht der Handelsbeilage von den Getreidemärkten schreibt das Blatt wörtlich:

"Es ist bedauerlich, daß die der Gesellschaft (Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, Die Red.) zur Verfügung stehenden großen Mittel nicht zu einer Stabilisierung der Roggenpreise auf einen Stand verwendet worden sind, die der Landwirtschaft einen kleinen Nutzen lassen und diese damit auch belassen, den Ackerbau weiter zu intensivieren und auf eine Höhe zu bringen, die Deutschland vom Auslandsbedarf in Getreide unabhängig macht."

Die ganze Freiheit dieser Behauptung kann man nur ermessen, wenn man weiß, daß nach dem Urteil aller Getreidehandelsleute allein schon die Existenz der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft in Verbindung mit der großzügigen Lombardierungsgarantie der Reichsbank genügt nicht, um die Sünder zur härtesten Zurückhaltung ihrer Vorräte vom Markt und damit zu unverschämten Preissteigerungen zu veranlassen.

Wie die Preise gestiegen sind und noch weiter steigen, geht aus demselben oben genannten Bericht der "Deutschen Tageszeitung" mit vollendeter Klarheit hervor. Der Weizen lag in Berlin vom 13. 10. bis zum 25. 10. am vollen 17 Mark die Tonne, das heißt von 257 bis 260 Mark auf 274 bis 277 Mark. Damit hat die Weltmarktpreise ab Freiburger Handlung für gleichwertige Ware überschritten. Der Roggen lag ebenfalls in derselben Zeit um 11 Mark die Tonne gestiegen, und zwar von 214 bis 219 Mark auf 225 bis 235 Mark. Damit steht der Roggen nun fast 70 Mark höher als in Friedenszeiten. Das ist aber dem Sünder nicht genug, trotzdem ihre Hauptausgabenkonten, das Lohnkonto und Düngekonten, zum Teil unter dem Friedensstand stehen.

Was es übrigens mit dem patriotischen Ziel der Sünder, Deutschland vom Auslandsbedarf in Getreide unabhängig zu machen, auf sich hat, zeigt die Preisentwicklung, wonach dieser Tage unter Beihilfe des Reiches eine Exportkreditversicherung zur Ermöglichung solcher Exporte geschaffen wurde, die ohne Risikoübertragung nicht durchführbar sind. Nach ausdrücklicher Mitteilung des Reichsernährungsministeriums bezieht sich diese Exportversicherung nicht nur auf die Ausfuhrindustrie und den Ausfuhrhandel, sondern sie gilt insbesondere auch für die Förderung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aller Art, namentlich Saatgetreide, Zuckerrüben usw. — Zwar verleiht die "Deutsche Tageszeitung" die Bedeutung dieser Maßnahme für den Export deutschen Weizens, der bekanntlich schon kräftig eingeleitet hat, dadurch abzuwachen, daß sie behauptet, die großen Getreideverbindungen, die von Deutschland in das Ausland befördert werden, würde alle nur mit Kassenzahlung gegen Vorlage der Dokumente verkauft, wobei Kreditwährung und das damit verbundene Risiko nicht in Betracht kämen. Sie gibt jedoch zu, daß die Versicherung für Saatgut, Vieh und ähnliche Erzeugnisse, die auf Kredit ins Ausland wandern, in Betracht komme.

Es ist zweifellos, daß das Bestreben der modernen Agrarkapitalisten immer mehr und mehr darauf hinausläuft, die Qualitätsware aus Deutschland zu exportieren, sei es in Gestalt von Rohstoffen (Getreide, Saattiege) oder von fertigfabrikierten (Wurst, Zucker) und das deutsche Proletariat zu zwingen, den im Ausland unerschwinglichen Roggen und die minderwertigen Weizenarten sowie die Kartoffeln zu essen. Die gleiche Jollwollerei der letzten Monate beweist die verstärkte Tendenz, sich auf diesen Export einzustellen. Die Arbeiterklasse muß den Kampf gegen den Jollwoller und die Düngeausfuhr des deutschen Weizens mit aller Kraft aufnehmen, zumal

das sprunghafte Steigen der Getreidepreise sich bereits durch kräftige Preiserhöhungen am Westmarkt ausbreitet. Nach dem Handelsblatt der "Wolgastischen Zeitung" vom 20. Oktober waren die Forderungen für Weizenmehl zum 20. um 50 Pfg. für Roggenmehl um 75 Pfg. erhöht. Die Massenverwerflichkeit kommt also noch die Lebensmittelteuerung!

### Steuerfreiheit für die Kleinbetriebe

**Entwurf**  
Eingegangen am 25. November 1926

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, a) eine Vorlage vorzulegen, nach welcher die Grund- und Gewerbesteuer sowie die Wertschöpfungssteuer dahingehend abgeändert werden, daß

1. von obigen Steuern alle Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden sowie Lohn- oder Gehaltsempfänger befreit werden, deren Einkommen jährlich 5000 RM. nicht übersteigt; für die Befreiung der Kleinbäuerlichen Betriebe ist unabhängig von obiger Bestimmung festzusetzen, daß Betriebe bis zu einem Werte von 20 000 RM. von der Steuer befreit, für Betriebe mit einem Werte von 25 000 RM. wird jeweils die Hälfte der für Betriebe von höherem Wert erhobenen Steuer erhoben;
2. eine härtere Belastung der großen Kapitalverträge herbeigeführt wird.

b) bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Kleinsteuer aufgehoben wird.

Dresden, am 25. November 1926.

### Hilfe für Ernteschäden

**Entwurf**  
Eingegangen am 25. November 1926

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen unter Hinzuziehung einer Kommission von westfälischen Bauern:

- A 1. sofort umfangreiche Erhebungen über die Notlage der wertvollsten Bauern anzustellen;
2. festzustellen die Ernteschäden der Bauern, die Lage derjenigen Bauern, die schon Kredite erhalten haben, aber deren Lage durch diese Belastung noch mehr erschwert ist;
- B 1. denjenigen Bauern, die jetzt noch unter der Last der Ernteschäden leiden oder die anderweitig unverschämten in Notlage geraten sind, ist:
  - a) eine Entschädigung in der Höhe des festgestellten Schadens zu gewähren;
  - b) die Rückzahlung entl. schon gewährter Darlehen zu erlassen;
  - c) die Zahlung der rückständigen Steuern zu erlassen;
  - d) bis zur gleichlichen Regelung die Zahlung der Grund- und Wertschöpfungssteuer zu erlassen;
2. die Befreiung von billigen Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichem Gerät sowie Justizkosten schnellstm. in die Wege zu leiten;
3. sofort Mittel zur Verfügung der Futtermittel und Düngemittel für die wertvollsten Bauern im umfänglichen Maße zur Verfügung zu stellen;
4. die Strotzpreise für die oben angeführten Bauern, soweit diese aus den staatlichen Getreideämtern ihren Bedarf beziehen, zu ermäßigen, bei Privatlieferungen in gleicher Weise auf die privaten Strotzpreise einzusetzen.

C Bei der Reichsregierung den Erlass der Umlaststeuer für die wertvollsten Landwirte zu erwirken, für die Aufhebung der Umlaststeuer einzutreten.

Dresden, am 25. November 1926.

### Fort mit dem Kinderzuchtgesetz

**Entwurf**  
Eingegangen am 25. November 1926

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, sofort eine Vorlage vorzulegen, nach der das Kinderzuchtgesetz aufgehoben und bis zur anderweitigen Regelung des Körperrechtes von 1923 wieder in Kraft gesetzt wird.

Dresden, am 25. November 1926.

land im Weltmarkt leben, ohnmächtig Frankreich unterläßt zur Zeit nichts, um gehetzt auf den Versailles Vertrag, Deutschland diese militärische Ohnmacht fühlen zu lassen. Erst hat furcht in Paris niemand mochte die Heimkehr noch wie Schupo, noch die Vaterländischen Verbände. Aber man tut so, als bestünde noch eine deutsche militärische Gefahr, und darum verteidigt man die Weiterverlängerung der Entente-Militärkommission in Berlin. Es ist sehr bezeichnend, daß Herr Stresemann trotz Locarno, trotz Lausanne, trotz des Eintritts in den Völkerbund nicht einmal die Militärkontrolle loswerden kann. Außerdem taucht erneut das Geheiß der sogenannten Association auf, das ist die "Nachführung" des Völkerbundes nach militärischen Verhältnissen Deutschlands gegen den Friedensvertrag. Der Versailles Vertrag bestimmt, daß nach Aufheben der Militärkontrolle der Entente der Völkerbund ein beratendes Ausschussrecht über Deutschland haben soll. Nach den Vorschlägen französischer Militärs soll die Investigation des Völkerbundes einen so großen Umfang einnehmen, daß sie praktisch die Militärkontrolle der Entente vollkommen ersetzen könnte. Ja man will noch weitergehen: der Völkerbund soll speziell am linken Rhein ständige Kontrollorgane zur Aufsicht über Deutschlands Entwaffnung einrichten. Das wäre ein Erlaß für die Entente-Belastung am Rhein. Es könnte dann geschehen, daß eines Tages die Franzosen als Belagerungsarmee aus Mainz abmarschieren, daß aber an ihre Stelle Litauern und Polen als "Kontrollorgane" des Völkerbundes treten. Alle diese Möglichkeiten bestehen noch. Die ganze Frage der Militärkontrolle und Investigation wird auf der Genfer Nationaltagung des Völkerbundes Anfang Dezember eingehend besprochen werden. Die deutsche Bourgeoisie wird sich entscheiden müssen, ob sie mit England oder mit Frankreich gehen will, sonst kommt sie in die Sackgasse. Eine Befreiung aus dieser Schwerkriegel könnten die deutschen Kapitalisten nur durch ein aktives Eingreifen der Vereinigten Staaten finden, was aber die amerikanische Regierung heute weniger Lust denn je verspürt.

### Giner, der es wissen muß

In der "Wolgastischen Zeitung" veröffentlicht Heinz Pol eine Unterredung mit dem Jungsozialisten Kahr aus, in der dieser über die "nationalen Verbände" und die "Nationalisten" folgendes erklärt:

"Es wird nirgends ein größerer Mißbrauch mit dem Wort "national" getrieben, wie zurzeit in Deutschland. Die Kreise und Gruppen, gegen die ich mich wende und die ja auch hinter den illegalen militärischen Formationen stehen, sind nicht national, sie sind reaktionär. Und was sind das für Leute? Das ist einmal die sich "national" nennende Großindustrie, das sind zweitens die Offiziers- und Adelskreise um Claus herum, und das ist drittens die Großmacht Eugenberg. Eugenberg ist das schlimmste Weibel. Er mißbraucht das Wort "national" für seine Zwecke. Zum Beispiel sprechen die Eugenberg-Kräfte, wenn irgendein Druck auf die Regierung oder die Parteien ausgeübt werden soll, von Entschließen der "Vaterländischen Verbände". Das ist der größte Schwindel, der existiert, es gibt keine "Vaterländischen Verbände", und es hat vor allen Dingen noch nie einen gemeinsamen Beschluß der Vaterländischen Verbände gegeben. Hand in Hand mit Eugenberg arbeiten natürlich die sich national nennenden Großindustriellen, die geben das Geld für die Verbände, das Ganze ist überhaupt eine Finanzangelegenheit. Man braucht das, um politische oder persönliche Vorteile zu erringen zu können, aber mit wahrhaft Nationalem hat das alles nichts zu tun, im Gegenteil: Deutschland kann nicht gedeihen, solange Leute wie Eugenberg, der reaktionärer als Metternich ist, am Ruder sind."

Die diesen "nationalen Verbänden" nachlaufenden Kleinhändler sollten sich diese Ausführungen besonders merken.

### Ehrhardt verläßt Erzzeitschrift

Berlin, 27. November. (TU) Der preussische Innenminister Erzzeitschrift hatte Anfang November dem Landtage eine Denkschrift überreicht, die sich mit den Vätern Wiking und Olympia befaßte und die in der Öffentlichkeit viel besprochen worden ist. Wegen einer in dieser Denkschrift enthaltenen Bemerkung hat nun Kapitän Ehrhardt durch Rechtsanwalt W. Bloch Strafanklage gegen den Minister bei der Staatsanwaltschaft I wegen verleumdender Beleidigung gestellt.

### Arbeiter sind vogelfrei!

Faschisten dürfen nicht angefaßt werden

Stannischweig, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei Anwesenheit einer starken Zuhörerschaft begann der Vortrag in Haffelt gegen 13 Reichsbannerarbeiter und eine alte Arbeiterfrau. Bei einem Verhören des Reichsbanners in Ultrad bombardierten die Stahlhelmlente den Zug mit Steinen und sonstigen Gegenständen. Als der Zug dann auch aus einem Fenster einer Gastwirtschaft bombardiert wurde und einige Schüsse erhielt, drangen die Reichsbannerarbeiter während in das Lokal ein und verprügelten die provozierenden Faschisten. Die republikanische Massenjustiz leiht aber nicht die Faschisten, sondern die Reichsbannerarbeiter auf die Anklagebank.

### Für die Beamten ist kein Geld da!

Rüß braucht die Steuergelexer für die DAZ

Berlin, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Spitzenverbände der Beamten und Behördenangestellten wurden vom Reichsfinanzminister empfangen. Reinhold lehnte eine laufende Erhöhung der Gehälter glattweg ab und versprach lediglich, mit den Vertretern der Länder und Parteien Fühlung zu nehmen, ob eine einmalige Unterstützung genehmigt werden könne. Die Verhandlungen sollen noch vor Weihnachten zum Abschluß kommen.

### Die Arbeiter beginnen den Kampf um die Arbeitszeit

Für den Entwurf der Kommunisten

Berlin, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine Belegschaftsversammlung des Treptower Werkes der J. G. Farbenindustrie A. G. nahm gegen die Stimmen einiger sozialdemokratischer Arbeiter diese Resolution an: "Die am 26. November tagende Betriebsversammlung der J. G. Farbenindustrie A. G. Wert Trepton, begrüßt die Vorlage der kommunistischen Verlagsaktion, in der die stündliche Arbeitswoche verlangt wird. Die Belegschaft steht in diesem Vorhaben endlich den ersten Schritt, der sich ständig steigender Arbeitslosigkeit entgegenzusetzen. Die Belegschaft fordert ferner, daß die Organisation des Chemietariffes schnellsten Vorbereitungen für den Kampf um den Achtstundentag treffen. Die tariflichen Bedingungen, in Anbetracht der wirtschaftlichen Notwendigkeit 9 Stunden zu arbeiten, halten wir für unbegründet und nicht mehr gegeben. Die Stärke der Belegschaft hat sich in einer Höhe zu bewegen, daß auch bei gesteigerter Produktion der Achtstundentag nicht überschritten wird."

### Hausdurchsuchung im Parteibureau

Die Polizei durchsuchte heute das Parteibüro nach einer kommunistischen Zeitschrift, der "Oktober". Die Zeitschrift sollte beschlagnahmt werden. Gefunden wurde nichts. Zur gleichen Zeit fand eine Hausdurchsuchung in der Buchhandlung statt, wo 55 Exemplare beschlagnahmt wurden.

### Die "DAZ" ist gesund Strefemann ist krank

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom 26. November wurde die Beratung des Nachtragsartikels fortgesetzt. Zur Beratung des 1. Punktes der Tagesordnung: Ausdrücke über den Anlauf der "DAZ" kam es nicht, da sich der Reichshaushaltsminister Dr. Strefemann wegen Krankheit entschuldigen ließ.

Genosse Stöcker stellte mit Recht die Frage, ob etwa der "DAZ"-Stempel zu einer chronischen Krankheit des Ministers geführt habe und beantragte, auch in Abwesenheit des Augenministers zu verhandeln, dafür aber den ebenfalls verantwortlichen Reichsanwalt heranzuziehen. Das wurde abgelehnt. Es soll also gemerkt werden, bis etwas Gras über die Sache gewachsen ist.

Über einen plötzlich aufgetauchten sozialdemokratischen Antrag auf Mittelbewilligung für die Arbeiter-Turn- und Sportvereine in Leipzig gab es eine längere Debatte. Genosse Zörgler nahm einen kommunistischen Antrag vom März d. J. auf Bewilligung von 700 000 Mark für die Turn- und Sportvereine in Leipzig wieder auf und brandmarkte sofort den Reichfall der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihren eigenen Antrag zurückgezogen, um eine Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien zu schließen. Der Erfolg dieser Vereinbarungen ist der, daß die Arbeiter-Turn- und Sportvereine bis heute noch nicht einen Pfennig erhalten hat. Die grenzenlose Verlogenheit der Sozialdemokraten sei also durchaus zu verzeichnen. Zwischen ihnen hatten auch die bürgerlichen Parteien noch einige Anträge für die bürgerliche Turnerschaft eingbracht. Sämtliche Anträge wurden dem Sparanschuß zu neuen Nachhandel überwiesen.

### Volkstomrukar Genosse Schöffcherin

hat seine Reise nach dem Westen antreten. Er ist in Pommern eingetroffen und wird am Sonntag nach Deutschland weiterfahren.

### Nanking von Sun geräumt

Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Truppen des General Sun vertrieben von Schanghai Nanking geräumt haben. Wie aus Hankau gedruckt wird, ist der frühere Unterfeldherr Sun General Pan gen, der das westliche Szechwan und das östliche Szechuan kontrolliert, mit seiner 50 000 Mann starken Armee zu den Kantonesen übergegangen. Sein Übergang bringt Szechuan, die größte Provinz Chinas, in die Hände Sun.

### Die Kantontruppen erhalten Verstärkung

Aus Hankau meldet die "Chicago Tribune", daß General Pang, der über eine der größten Provinzen in Mittelchina, Szechuan, herrscht, zu der Kantonregierung übergegangen ist. Pang verfügt über eine Armee von 50 000 Mann.

### Kleine politische Mitteilungen

Die deutsche Regierung verhandelt, wie jetzt mitgeteilt wird, mit dem Zentrum wegen der Annahme des Schandensatzes.

Der Kronprinz organisiert die Rückkehr des Kaisers nach Deutschland. Er ist nach Doorn abgereist.

Italien verstärkt seine Truppen in Südsibirien. Die Truppenstärke ist auf 20 000 Mann erhöht worden.

Die japanische Presse berichtet, daß Japan bei der künftigen Politik in China die Kantonregierung nicht unberücksichtigt lassen könne. Auch die englische Diplomatie beschäftigt sich mit dieser Frage. Diese Tatsachen zeigen die Erstarrung der Kantonregierung.

# Die Regierungsbildung in Gachfen

Aber dieses Thema berichten die Genossen Landtagsabg. Renner und Albricht am Dienstag, 30. November abends 7,30 Uhr in der "Reichstrone" und in den "Annenstädten" / Erscheint in Massen!